



HESSISCHER LANDTAG

13. 04. 2022

ULA

Dringlicher Berichts Antrag

Torsten Felstehausen (DIE LINKE),**Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE) und Fraktion**

Lebensmittelüberwachung in Hessen: Neue Fälle, Personalmangel, unzureichende Kontrollen, Hygieneempel und mangelnde Informationskultur der Ministerin

Nach dem Wilke-Skandal 2019 mit Todesfolgen und der dauerhaft defizitären Lebensmittelüberwachung hat der Landesrechnungshof nach monatelanger Prüfung Schwachstellen in der hessischen Veterinärverwaltung herausgearbeitet und eine Reihe von Änderungen angemahnt. Laut „Frankfurter Rundschau (FR)“ vom 11. März¹ analysierten die Prüfer „Dokumente aus den Jahren 2016 bis 2019 und führten ‚Erhebungen‘ in Behörden auf allen drei Verwaltungsebenen durch: im Verbraucherschutzministerium, der Zentralabteilung des Innenministeriums, den Regierungspräsidien Gießen, Kassel und Darmstadt sowie in zwölf von 26 kommunalen Veterinärämtern, namentlich in den Landkreisen Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Kassel, Marburg-Biedenkopf, Offenbach, Waldeck-Frankenberg, im Main-Kinzig- und Vogelsbergkreis sowie den Städten Darmstadt, Frankfurt, Kassel und Offenbach.“

Der Prüfbericht des Rechnungshofes ist bis heute noch immer nicht öffentlich. Seitdem haben sich in Hessen leider weitere Fälle ereignet, bei denen Menschen durch kontaminierte oder verdorbene Lebensmittel zu Schaden gekommen sind.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ULA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Seit wann liegt der Prüfbericht des Landesrechnungshofes dem Umwelt- und Verbraucherschutzministerium vor?
2. Zuerst berichtete die „FR“ am 11. März über Ergebnisse der Untersuchung des Rechnungshofes.
 - a) Hält die Umwelt- und Verbraucherschutzministerin Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) es für akzeptabel, dass die Abgeordneten des Hessischen Landtages zuerst aus der Zeitung über die Existenz und Ergebnisse des Berichtes erfahren?
 - b) Wenn nein: Wie wird das Ministerium die Informationsweitergabe an das Parlament in Zukunft verbessern?
3. Nach Information des Landesrechnungshofs obliegt es dem Verbraucherschutzministerium als geprüfte Behörde, den Bericht der Öffentlichkeit umfänglich zugänglich zu machen.
 - a) Wann stellt Umwelt- und Verbraucherschutzministerin Priska Hinz den vollständigen Prüfbericht den Fraktionen des Hessischen Landtages zur Verfügung?
 - b) Wann wird die Verbraucherschutzministerin den Prüfbericht der Öffentlichkeit vollständig zugänglich machen?
 - c) Für den Fall, dass die Verbraucherschutzministerin eine vollständige Veröffentlichung nicht beabsichtigt: Mit welcher Begründung und auf welcher Rechtsgrundlage verweigert die Verbraucherschutzministerin die vollständige Veröffentlichung dieses Berichtes von hohem öffentlichen Interesse, der zudem aus öffentlichen Mitteln finanziert wurde?

¹ Schwachstellen bei Lebensmittelkontrollen in Hessen – das prüfte der Rechnungshof, (11.03.2022)
<https://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/schwachstellen-bei-lebensmittelkontrollen-in-hessen-das-pruefte-der-rechnungshof-91404891.html> (07.04.2022)

4. Laut der „FR“ fielen im Jahr 2020 hessenweit vier von zehn planmäßigen Lebensmittelkontrollen aus. Die Soll-Erfüllungsquote“ sei bei den Pflichtkontrollen unter die 60-Prozent-Marke gesunken. Die lokalen Unterschiede seien groß: „Während 2020 nur ein einziges Amt (das im Main-Taunus-Kreis) sein vorgeschriebenes Soll erfüllte, schafften neun Behörden nicht einmal die Hälfte der vorgeschriebenen Betriebskontrollen. Schlusslichter waren der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit gerade einmal 18,7 % und der Odenwaldkreis mit 24 %. In den Vorjahren hatten zumindest jeweils sechs Ämter ihre Planvorgaben erfüllt.“
- Seit wann waren der Verbraucherschutzministerin diese Verfehlungen aus 2020 bekannt?
 - Hat das Ministerium auch schon vor dem Bekanntwerden des Prüfberichtes des Rechnungshofes im März 2022 Maßnahmen zur Erfüllung der Pflichtkontrollen ergriffen und wenn ja, wann und welche?
 - In welchen Landkreisen wurde auch 2021 die Anzahl der vorgeschriebenen Kontrollen gemäß der alten AVV RÜb (s.u.) nicht eingehalten?
 - Beabsichtigt die Ministerin, in Zukunft den Ausschuss unaufgefordert über solche Missstände wie 2020 zu informieren?
5. Nach dem Wilke-Skandal wurde auf Betreiben der damaligen Bundesverbraucherschutzministerin Julia Klöckner (CDU) im September 2020 die Anzahl der Kontrolldichte bei den Regelkontrollen zu Gunsten einer Fokussierung auf neuralgische Punkte abgesenkt. Verbraucherschutzministerin Priska Hinz hat dieser Verminderung der Anzahl der Regelkontrollen am 18.09.2020 im Bundesrat zugestimmt. (Änderung der AVV Rahmen-Überwachung – AVV RÜb)²
- Warum hat die hessische Verbraucherschutzministerin der Absenkung der Anzahl der Regelkontrollen zugestimmt und hält sie die damals von Verbraucherschutzorganisationen scharf kritisierte Verminderung der Regelkontrollen heute für einen Fehler?
 - Falls ja: Wird sie sich für eine Erhöhung der Anzahl der Regelkontrollen einsetzen und diese auch in Hessen über die Anforderungen der aktuellen AVV RÜb hinaus durchsetzen?
6. Im Zuge der öffentlichen Aufarbeitung des Wilke-Skandals 2019 hat die hessische Verbraucherschutzministerin mehrfach eine qualitative und quantitative Verbesserung der Lebensmittelkontrollen in Aussicht gestellt.
- Warum wurde dieses Ziel zumindest auch 2020 nicht erreicht?
 - Hat die hessische Verbraucherschutzministerin von der von ihr 2019 angekündigten Möglichkeit, Weisungen zu erteilen oder über das Innenministerium die Fachaufsicht zu aktivieren, Gebrauch gemacht?
 - Wenn ja: In wie vielen Fällen und zu welchen konkreten Vorfällen?
 - Wenn nein: Warum hat sie ihre Ankündigung nicht umgesetzt?
7. Nach dem Wilke-Wurstskandal 2019 wurde offenkundig, dass für die Lebensmittelüberwachung in Hessen zu wenig Personal zur Verfügung steht. Jetzt wird deutlich, dass das Personal selbst die nach der ‚Reform‘ der AVV RÜb abgesenkten Anzahl der Kontrollen nicht erfüllen kann.
- Wie viele Stellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Lebensmittelüberwachung wurden seit Ende 2019 bei den kontrollierenden Behörden vor Ort neu geschaffen?
 - Wie viele von den neu geschaffenen Stellen wurden bis Ende 2021 auch tatsächlich besetzt?
8. Der Vizechef des Landes- wie des Bundesverbandes der Lebensmittelkontrolleure, geht hessenweit von mindestens 50 fehlenden Stellen für die Lebensmittelkontrolle aus. („FR vom 11.03.2022)
- Hält die Landesregierung eine weitere Aufstockung des Personals für die Lebensmittelüberwachung auf Seiten der Veterinärämter für erforderlich und wenn ja, um wie viele Stellen?
 - Falls sie eine Personalaufstockung für nicht notwendig erachtet: Wie glaubt die Landesregierung, der chronischen Überlastungssituation bei den Veterinärämtern begegnen zu können?

² Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung der Einhaltung der Vorschriften des Lebensmittelrechts, des Rechts der tierischen Nebenprodukte, des Weinrechts, des Futtermittelrechts und des Tabakrechts.

9. Die Landkreise und kreisfreien Städte erhalten für die Durchführung der Lebensmittelkontrollen Landesmittel. Über den Stellenplan und die Ausstattung entscheiden sie jedoch selbst.
- Wird das Umweltministerium der Forderung des Landesrechnungshofes nach einer Personalbedarfsrechnung für die Lebensmittelüberwachung nachkommen?
 - Wenn ja: Wann ist mit den Ergebnissen zu rechnen?
10. Laut der „FR“ (18.03.2022) hat das Umwelt- und Verbraucherschutzministerium in Folge der veröffentlichten Kritik des Rechnungshofes ein Gespräch mit Vertretungen des Rechnungshofes selbst und der Kommunen vereinbart. Das Gespräch habe in der letzten Märzwoche stattgefunden. Auch die Ergebnisse dieses Gesprächs haben die Abgeordneten des Hessischen Landtages nur aus der „FR“ (07.04.2022) erfahren.
- Wird die Verbraucherschutzministerin die Ergebnisse des Gesprächs den Abgeordneten des Hessischen Landtages in schriftlicher Form zeitnah zur Verfügung stellen?
11. Laut der „FR“ (07.04.2022) soll das Zwei-Behörden-Prinzip auf weitere „500 spezialisierte Betriebe wie Hersteller von Säuglingskost und Nahrungsergänzungsmitteln“ von 2023 ausgeweitet werden. Die Planung sehe rund 150 solcher Doppel-Kontrollen im Jahr vor.
- Wie wurden diese „spezialisierten Betriebe“ bisher kontrolliert?
 - Stimmen diese Angaben und hält es die Verbraucherministerin für ausreichend, dass die 500 Betriebe rein rechnerisch nur alle 3,3 Jahre kontrolliert werden könnten?
12. Laut der „FR“ (07.04.2022) soll zukünftig der Landesbetrieb Hessisches Landeslabor (LHL) die im Analyseplan vorgesehenen Lebensmittelproben selbst einsammeln.
- Wie ist aktuell die Soll-Vorgabe für die Probennahme?
 - Um wie viel Prozent wurde diese Vorgabe in den Jahren 2019 bis 2021 verfehlt?
 - Wie viele Proben sollen jetzt jährlich von dem Landesbetrieb genommen und untersucht werden?
 - Wann soll die Testphase beginnen?
 - Wie viele zusätzliche Mittel soll der Landesbetrieb für diese Aufgabe erhalten?
13. Schon lange fordert der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen der Bundesregierung ein Transparenzsystem zur Veröffentlichung der Kontrollergebnisse im Gaststättengewerbe. Wie auch bereits in der letzten Legislatur befürwortet laut „FR“ (07.04.2022) die Verbraucherschutzministerin auch jetzt eine Hygieneampel für Hessen. In der letzten Legislatur sei es die Gesetzeslage gewesen, die sie an der Umsetzung gehindert hätte, jetzt sei ihr Kollege Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zuständig.
- Seit wann ist es rechtlich möglich, dass die Landesregierung ein Transparenzsystem, wie z.B. eine Hygieneampel, auf Landesebene einführen kann?
 - Wie erklärt Ministerin Hinz, dass das von ihr selbst befürwortete Transparenzsystem seit über sieben Jahre nicht eingeführt wurde?
 - Kann die Ministerin die Einführung eines Transparenzsystems im Gaststättengewerbe für diese Legislatur zusagen?
14. Laut „FR“ (07.04.2022) will die hessische Verbraucherministerin dem Vorschlag des Landesrechnungshofes folgen und die Eigenkontrollsysteme der Unternehmen stärker überwachen.
- Durch welche Maßnahmen soll die Überwachung der Eigenkontrollsysteme der Betriebe intensiviert werden?
 - Ist eine Evaluation der geplanten Maßnahmen vorgesehen und wenn ja; wann ist mit ersten Ergebnissen zu rechnen?
 - Reicht das Personal zur besseren Überwachung der Eigenkontrollsysteme der Betriebe?
15. Laut „FR“ (07.04.2022) hätten einige Ämter Probleme bei der Priorisierung der Kontrollen für Risikobetrieb. Manches Amt würde Unternehmen mit niedrigem Risiko sogar häufiger als nötig kontrollieren, während es die Kontrollvorgaben bei Risikobetrieben verfehle. Die Ministerin habe Stellungnahmen der Kommunen angefordert.
- Welche Erklärung gibt es für dieses Verhalten einzelner Ämter?
 - Wie wird das Ministerium diese Fehlsteuerung abstellen?

16. Bei den eklatanten Hygienemängeln, die im letzten Jahr zur Schließung der REWE-Fleischerei Wilhelm-Brandenburg in Frankfurt führten, zeigte sich die mangelnde Rotation der Kontrollierenden als ein Problem. Über Jahre war immer der gleiche Prüfer zuständig.
- Welche Maßnahmen hat die Ministerin ergriffen, dass die Prüfenden nicht über Jahre den gleichen Betrieb zugeteilt werden?
 - Inwieweit ist wiederum der Mangel an Personal ein Grund für diesen Missstand?
17. Seit dem 1. April 2005 sind im Rahmen des Gesetzes zur Kommunalisierung die Landräte und Oberbürgermeister als Behörden der Landesverwaltung für die Lebensmittelüberwachung, das Veterinärwesen und den Verbraucherschutz sowie für die Stellenbesetzungen zuständig. Die Kommunalisierung der Lebensmittelüberwachung wurde seit ihrer Einführung und sehr deutliche nach den Vorfällen im Wilke-Skandal von vielen Fachleuten kritisiert. Zuletzt – laut „FR“ – auch vom Landesrechnungshof.
- Befürwortet die Hessische Verbraucherschutzministerin die Kommunalisierung von 2005 komplett oder in Teilen rückgängig zu machen und die Kontrollen wieder zentralen Landesbehörden zu übertragen? Antwort bitte mit Begründung.
 - Wenn ja: Wann wird eine entsprechende Gesetzesänderung in den Hessischen Landtag eingebracht werden?
18. In Europa gibt es einen großen Salmonellen-Ausbruch, vor allem bei Kindern. Als Infektionsursache vermuten europäische Behörden Schokoladenprodukte von Ferrero. In der ersten Aprilwoche gab es auch in Hessen zwei Verdachtsfälle.
- Wann und wie wurde das hessische Verbraucherschutzministerium über diesen Salmonellen-Ausbruch informiert?
 - Wie haben hessische Behörden die Rückrufaktion von Ferrero-Produkten unterstützt?
 - Wann kam es zur ersten verdachtsabhängigen Kontrolle bei Ferrero in Hessen?
 - Wie viele Erkrankungsfälle durch Salmonellen sind den hessischen Behörden seit der Erstmeldung des Salmonellen-Ausbruchs bekannt geworden und wie viele dieser Fälle konnten mit Schokoladenprodukten in Verbindung gebracht werden?
19. Hat es nach dem Wilke-Skandal in Hessen weitere Fälle von belasteten Lebensmitteln gegeben, bei denen Menschen zu Schaden gekommen sind?

Wiesbaden, 13. April 2022

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Torsten Felstehausen

Heidmarie Scheuch-Paschkewitz